

Obama setzt auf Drohnen

Unbemannte Flugzeuge kreisen auch schon im syrischen Luftraum

WASHINGTON (dpa). Offiziell wiegeln die USA bei der Frage nach einer Militäroperation gegen Syriens brutalen Machthaber Baschar al-Assad ab. Ein internationaler Einsatz wie zuvor in Libyen sei noch keine Option, sagen Regierungsvertreter seit Wochen in Washington. Die Realität jedoch könnte bereits anders aussehen.

Nach einem Bericht des Fernsehsenders NBC setzen die Amerikaner längst ihre Drohnen in dem Land ein. Dabei gehe es zwar nur um Aufklärungsarbeit, habe ein ungenannter Pentagon-Vertreter eindeutig klargemacht. Doch dass die unbemannten Flugzeuge überhaupt im syrischen Luftraum kreisen, ist schon an sich eine Sensation.

Die US-Regierung wollte den Bericht nicht kommentieren. Sollte er stimmen, wäre dies ein weiterer Beweis für die massive Ausweitung der Drohneinsätze unter Präsident Barack Obama. In immer mehr Ländern – und sicher meist ohne Erlaubnis der jeweiligen Regierungen – lassen der Geheimdienst CIA und die Streitkräfte ihre ferngesteuerten Flugroboter Raketen auf Terroristen feuern oder Erkundungen machen.

Was unter George W. Bush als Versuch im Anti-Terror-Kampf begann, hat sich unter seinem Nachfolger zur wichtigste Waffe gegen El Kaida entwickelt. In seiner dreijährigen Amtszeit gab es allein in Pakistan rund 200 Angriffe mit fast 2000 Toten, unter ihnen viele Unschuldige, ermittelte die Stiftung New America Foundation. In acht Jahren Bush hatte es gerade mal 44 Attacken mit 400 Toten gegeben.

Doch US-Präsident Obama denkt weit über Pakistan hinaus. Mittlerweile fliegen US-Drohnen auch in Staaten wie dem Jemen, Irak, Afghanistan oder Somalia. Selbst ein Einsatz bei Konflikten wie in Syrien ist kein Novum. Schon bei der Nato-Operation gegen den damaligen libyschen Machthaber Muammar al-Gaddafi feuerten sie laut Medienberichten rund 150-mal auf Gebäude oder Truppen des Regimes, am Ende mit tödlicher Präzision auch auf Gaddafi selbst.

Kurz berichtet

Nordkorea droht

Wegen eines von Südkorea geplanten Militärmanövers an der nördlichen Grenze hat die Führung in Pjöngjang am Sonntag mit „erbarmungslosen Vergeltungsangriffen“ gedroht. Wie ein Militärsprecher in Seoul mitteilte, sind für diesen Montag Übungen der Streitkräfte vor der Küste geplant, unter anderem auf der Insel Yeonpyeong. Dort waren 2010 bei einem Angriff Nordkoreas vier Menschen getötet worden. Südkorea habe den Norden am Sonntag über die Pläne informiert, hieß es in Seoul weiter. (dpa)

Neue Angriffe auf Homs

Die Truppen des syrischen Regimes haben am Sonntag ihre Angriffe auf die Stadt Homs, eine Rebellenhochburg, und andere Provinzen des Landes fortgesetzt. In der Stadt Idlib wurden nach Angaben von Aktivisten ein Richter und ein Anwalt erschossen, als sie zusammen in einem Auto saßen. Oppositionelle vermuten, dass es sich um ein gezieltes Attentat handelt, da beide „die Revolutionäre verteidigt hatten“. (dpa)

Rocken für und gegen Putin

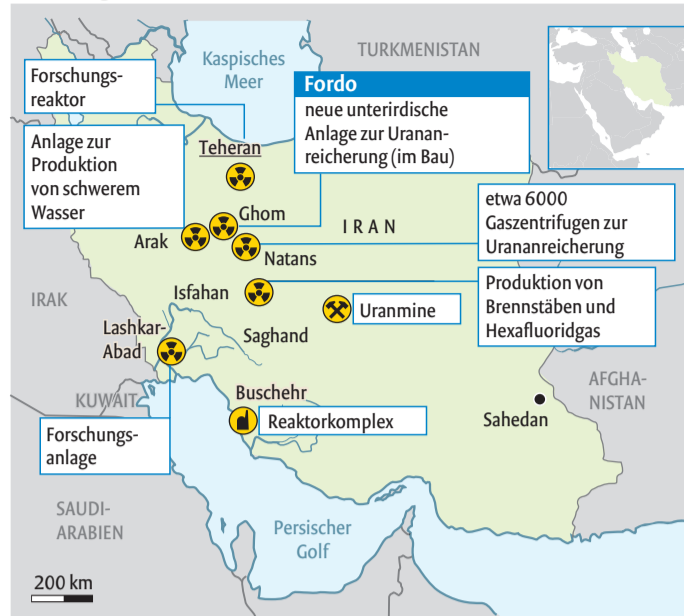
Russlands Präsidentenwahl als Hitparade: Ob Ethno-Pop, Punk-Rock oder Liedermacher-Sound, Gegner und Unterstützer von Kremlfavorit Wladimir Putin überboten sich im Wahlkampf mit politischen Songs. Der Tadschike Tolibdschon Kurbanchanow bringt es mit seiner Pro-Putin-Hymne „WWP“ – kurz für Wladimir Wladimirowitsch Putin – bei YouTube auf mehr als eine Million Clicks. Obwohl Regierungschef Putin selbst der Spitzenplatz bei der Wahl am 4. März schon als sicher gilt, singen die kritischen Liedermacher beherzt vor allem davon, dass der 59-Jährige nach zwölf Jahren an der Macht die politische Bühne doch nun verlassen sollte. „Acht Jahre Präsident, jetzt wieder Kandidat, schau uns in die Augen: Gib es auf, dein Mandat“, appellieren ehemalige Elitesoldaten zu erdiger Rockmusik bissig. (dpa)

Tote bei neuem Anschlag in Bagdad

Bei einem Selbstmordanschlag in der irakischen Hauptstadt sind am Sonntag mindestens 20 Polizisten und Polizeirekruten getötet worden, weitere 28 wurden verletzt. Der Täter zündete seine Autobombe vor der Polizeiakademie im Osten der irakischen Hauptstadt, als zahlreiche Rekruten das gesicherte Gebäude verließen, wie die Polizei mitteilte. Sie hatten gerade einen zweiwöchigen Ausbildungskurs absolviert. Zu der Tat bekannte sich zunächst niemand. (dapd)

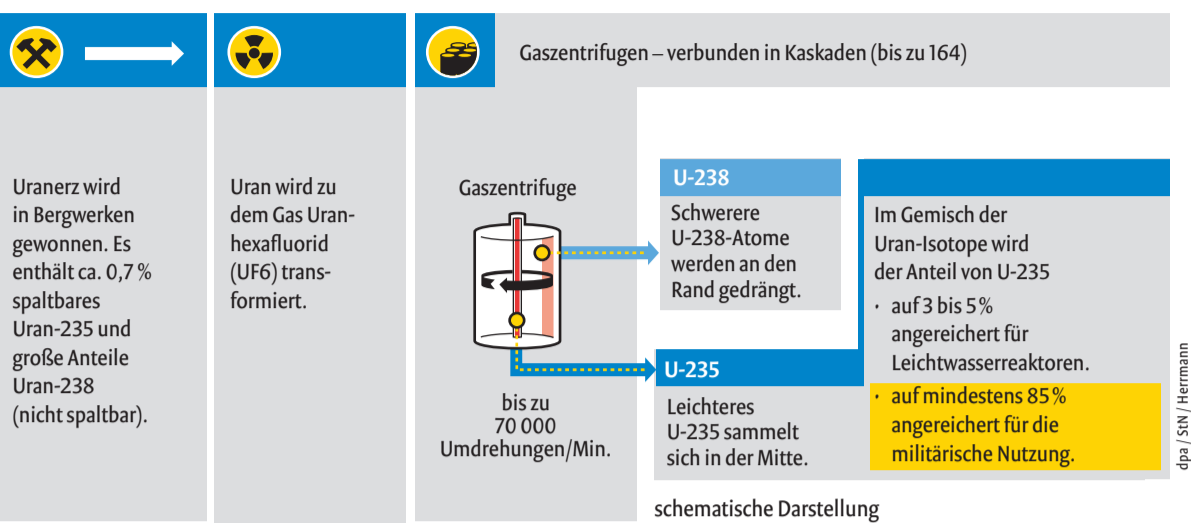
Iran auf Atomkurs

Atomanlagen



Urananreicherung

Je nach Grad der Anreicherung kann Uran zivil oder zum Bau von Atomwaffen genutzt werden. Nur das Uran-Isotop U-235 ist spaltbar und damit für Reaktoren und Bomben nutzbar.



Der Westen in der Atom-Zwickmühle

Britischer Experte glaubt, dass der Iran eine begrenzte Erlaubnis für die Urananreicherung erhalten muss

Der Streit um das iranische Atomprogramm spitzt sich weiter zu. Greift das Mullah-Regime tatsächlich nach der Atombombe? Kontrollleure wollen am Montag erneut ins Land reisen.

TEHERAN (dpa). Der Westen steckt im Atomstreit mit dem Iran nach Auffassung des britischen Sicherheitsexperten Shashank Joshi in einer Zwickmühle. „Der Westen wird seine Zielsetzungen ändern müssen“, sagte der Experte vom Londoner Royal Institute of United Services. „Ein Regimewechsel in Teheran steht nicht bevor, Sanktionen üben aus meiner Sicht nicht genügend Druck aus, und ein Militärschlag kann das Problem langfristig nicht lösen“, sagte Joshi.

Auf längere Sicht sei wahrscheinlich, dass der Westen dem Iran zumindest begrenzte Urananreicherung erlauben müsse, sagte Joshi. „Die Anreicherung von Uran durch den Iran und im Iran wird eine Art Voraussetzung für künftige Gespräche sein“, betonte der Wissenschaftler. „Ich glaube nicht, dass sich der Iran bewegt. Der Westen und der Rest der arabischen Welt wird sich überlegen müssen, mit welcher Art von Option er im Iran leben kann.“ Es werde vermutlich eine „abgeschwächte nukleare Option“ sein. Der Iran wolle diese als eine Art „Lebensversicherung“ nutzen. Eine militärische Eskalation der angespannten Lage sieht Joshi derzeit dennoch nicht.

„Wir sehen eine Art Rauchvorhang, der vor allem der Desinformation dient“

David Menashri israelischer Experte

„Die USA haben kein Interesse an einem militärischen Eingreifen“, sagte er. Washington habe wiederholt auf die destabilisierende Wirkung eines Militärschlags gegen den Iran für die gesamte Region hingewiesen. Auch der britische Außenminister William Hague hatte erklärt, sein Land werde einen Militärschlag nicht unterstützen. „Wir haben allen Beteiligten sehr deutlich gemacht, dass wir militärisches Handeln nicht unterstützen“, sagte er. Dennoch müssten grundsätzlich „alle Optionen“ auf dem Tisch bleiben.

Stichwort

Die Einschätzung der internationalen Atomwaffenexperten



Nur friedliche Absichten? Zentrifugen zur Urananreicherung in iranischer Atomanlage von Natans

Foto: dpa

Der letzte Iran-Bericht der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) wurde Ende 2011 veröffentlicht. Die Kernaussagen: Die geheimen Arbeiten begannen in den späten 1980er Jahren. Wegen des Irak-Kriegs ruhten sie ab 2003, wurden aber später wieder aufgenommen. Der Iran soll in einem fortgeschrittenen Stadium an der

Herstellung von Uran-Halbkugeln arbeiten, die in Waffen verwendet werden.

Der islamische Staat hat eingestanden, spezielle Sprengkapseln entwickelt zu haben, gab aber an, sie für zivile und nicht für atomar-militärische Zwecke einsetzen zu wollen. Die Sprengkapseln sollen in einem tiefen Schacht getestet worden sein. Das

sieht die IAEO als Vorbereitung für den Test einer Atombombe. Ingenieure sollen verschiedene Bombenbestandteile entweder tatsächlich gebaut oder an Computern entworfen haben, um sie zu testen. Ingenieure sollen fortschreitend daran gearbeitet haben, konventionelle Schahab-3-Raketen in Atomwaffenträger umzubauen. (dpa)

Die Warnungen aus den USA vor einem israelischen Angriff im Iran sind nach Ansicht des israelischen Experten David Menashri Teil einer allgemeinen „rhetorischen Aufheizung“. „Wir sehen im Moment eine Art Rauchvorhang, der vor allem zur Desinformation dient“, sagte der Professor. Hintergrund der rhetorischen Eskalation seitens der USA seien die anstehenden Präsidentschaftswahlen, sagte er. Auch die Parlamentswahlen im Iran im März spielen eine Rolle. „Jeder will als Held dastehen“, sagte Menashri.

Die vielen Äußerungen über einen möglichen Krieg führen laut Menashri zu überflüssigen Spannungen. Niemand sei wirklich an einem Krieg interessiert. Es sei jedoch zu befürchten, dass die Rhetorik zu einer ungewollten Eskalation führen könnte. „Ich hoffe, dass es kein israelisches Abenteuer geben wird.“ Letztlich wisse jedoch niemand, ob es in diesem Jahr zu einem Militärschlag kommen werde. „Jene, die es wissen, werden es einem nicht sagen, und jene, die es nicht wissen, sollte man besser nicht fragen.“

Der israelische Verteidigungsminister Ehud Barak forderte am Samstag bei einem Besuch in Tokio noch schärfere Sanktionen gegen den Iran.

Für neue Unruhe in der Region sorgte die Entsendung zweier iranischer Kriegsschiffe ins Mittelmeer – zum zweiten Mal binnen eines Jahres. Die beiden Schiffe – ein Zerstörer und ein Versorgungsschiff – passierten am Samstag den Suez-Kanal und legten dann im syrischen Hafen Tartus an, wo auch Russland einen großen Stützpunkt für seine Kriegsmarine unterhält.

Der Iran könnte nach Auffassung von Diplomaten in Wien in Kürze mit der Installation Tausender neuer Uran-Zentrifugen in der Anreicherungsanlage in der Stadt Fordo beginnen. Die leistungsfähigeren und schnelleren Zentrifugen könnten den Prozess der Urananreicherung deutlich beschleunigen, berichtete die britische BBC unter Berufung auf diplomatische Kreise in Wien. Der Westen befürchtet, dass der Iran das in Fordo und einer zweiten, älteren Anlage in der Stadt

Natans angereicherte Uran für den Bau einer Atombombe verwenden will. Mit den neuen Zentrifugen wäre die Bereitstellung des dafür notwendigen Urans schneller als bisher möglich. Der Iran selbst behauptet, es sei ausschließlich für zivile Zwecke gedacht.

Am Montag wird erneut ein Expertenteam der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) in Teheran Gespräche über das iranische Atomprogramm führen. Dabei sollen Möglichkeiten für eine diplomatische Lösung des Konflikts ausgelotet werden. Ein erster Besuch der IAEA-Experten Ende Januar hatte nach Ansicht der Wiener Atombehörde keine nennenswerten Fortschritte gebracht.

Doch in Teheran gibt es weiter keine Bereitschaft zum Einlenken. „Wir werden unseren Weg und die friedliche Nutzung der Atomtechnologie ohne jegliche Zweifel und mit Selbstbewusstsein fortführen“, kündigte Irans Außenminister Ali-Akbar Salehi am Sonntag in Teheran an. Man sei „auf das schlimmste Szenario vorbereitet“.

„Ära des Terrorismus nicht vorbei“

Politikexperte Bauer: Aber den gewaltbereiten Gruppierungen wurde der Boden entzogen

VON WINFRIED WEITHOFER

Zur Person

Michael Bauer

1976 wurde Michael Bauer in München geboren.

Von 1998 bis 2005 hat er Politikwissenschaften in Deutschland und Großbritannien studiert.

Seit mehr als zehn Jahren ist er im Bereich der Politikforschung und Strategieberatung tätig. Bauer leitet das Nahostprojekt am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) der Ludwig-Maximilians-Universität München. (StN)



Foto: StN

MÜNCHEN. Michael Bauer, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centrum für angewandte Politikforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München, sieht Erfolge im Kampf gegen den Terrorismus.

Herr Bauer, Europa ist seit einiger Zeit von Terroranschlägen verschont geblieben. Haben wir nur Glück gehabt?

Terrorismus ist eine Form der Gewalt, der wir uns im 21. Jahrhundert auch weiterhin ausgesetzt sehen. Was die konkrete Bedrohungslage in Deutschland betrifft, so hält der Verfassungsschutz an seiner Einschätzung fest, dass wir Teil eines Gefährdungsraums sind. Konkrete Warnungen wurden aber ganz selten mal herausgegeben, ich erinnere an die Zeit rund um die Bundestagswahl 2009. Halten wir fest: Wir müssen mit einem Risiko leben, aber wir können es auch.

Und wie steht es um den Trend bei der Sicherheit?

El-Kaida-Chef Osama bin Laden ist seit Mai des vergangenen Jahres nicht mehr, und damit ist den Terroristen eine Projektionsfläche abhandlung gekommen. Zudem haben die Transformationsprozesse in den arabischen Staaten die radikalen Islamisten etwas unvorbereitet getroffen. Politischer Wandel, so hat sich gezeigt, ist auch mit anderen Mitteln als mit Terror und Gewalt möglich – es geht

auch friedlich, mit Protest und Kundgebungen. Den gewaltbereiten Gruppierungen ist damit zum Teil der Boden entzogen worden, die Unterstützerszene schwächer geworden. Aber man kann nicht sagen, dass das Zeitalter des Terrorismus vorbei ist.

Welche Gefahr droht aus Pakistan, wo ja auch Deutsche in Terroristencamps ausgebildet wurden?

Diese Gefahr ist latent vorhanden. Aber ich

meine, auch hier hat insgesamt die Ideologie, die mit Gewalt einhergeht, an Attraktivität verloren.

Haben konkrete Sicherheitsmaßnahmen zum Beispiel im Flugverkehr etwas gebracht – etwa das Verbot von Flüssigkeiten im Handgepäck? Der nachhaltige Sicherheitsgewinn von technischen Maßnahmen – seien es Körperscanner oder Verbote von Flüssigkeiten – ist aus meiner Sicht gering. Wir leben aber in einer Gesellschaft, die technische Lösungsansätze gerne sieht. Für den Bürger ist das Gefühl wichtig, dass der Staat um seinen Schutz bemüht ist. Dazu gehört zum Beispiel auch eine erhöhte Polizeipräsenz an Flughäfen. Das suggeriert Sicherheit.

Was kann man denn ganz grundsätzlich gegen den Terrorismus tun?

Es gehört zum Wesen des Terrorismus, dass die Leute Angst haben. Gegenmaßnahmen müssen daher auf zwei Ebenen stattfinden: Zum einen muss man konkret die Terrorstrukturen und Akteure bekämpfen, zum anderen natürlich auch die Angst vor dem Terror.

Haben die deutschen Behörden im Kampf gegen den Terrorismus richtig agiert?

Ich habe schon den Eindruck, dass unsere Sicherheitsbehörden über den gewaltbereiten Islamismus in Deutschland einen guten Überblick haben.

FBI lockt Islamisten in die Falle

WASHINGTON (dpa). Das FBI hat einen mutmaßlichen Terroristen in die Falle gelockt, der einen Selbstmordanschlag auf das Kapitol in Washington verüben wollte. Der gebürtige Marokkaner Amine el-Khalifi sei am vergangenen Freitag kurz vor der geplanten Attacke in der Nähe des Kongressgebäudes verhaftet worden, teilte das Justizministerium mit. Der 29-Jährige sei davon ausgegangen, eine Sprengstoffweste voller Nägel und eine Schusswaffe zu tragen, die er von Komplizen des Terrornetzwerkes El Kaida bekommen zu haben glaubte. Tatsächlich handelte es sich aber um Attrappen. El-Khalifi wurde bei einem Bundesgericht in Alexandria (Virginia) angeklagt. Ihm wird unter anderem ein versuchter Anschlag mit einer Massenvernichtungswaffe auf ein öffentliches Bundesgebäude vorgeworfen. Bei einer Verurteilung droht ihm lebenslange Haft.

Dem Ministerium zufolge ging der Festnahme eine langwierige Operation voraus. Der Mann stand demnach schon seit Januar 2011 unter Beobachtung. Die Falle schnappte zu, nachdem ihm als Terroristen getarnte FBI-Agenten am Freitag den vermeintlichen Sprengstoff ausgehändigt hatten. Die Öffentlichkeit sei niemals in Gefahr gewesen, hieß es in einer Mitteilung der fürs Kapitol zuständigen Polizeieinheit. Nach Behördenangaben lebte der Mann seit zwölf Jahren illegal in den USA. Er habe jedoch keine Beziehungen zu einer Terrorgruppe gehabt.